

5952/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Van der Bellen, Freundinnen und Freunde haben am 12. Mai 1999 unter der Nr.6244/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen und Vorbereitungen zum Jahr - 2000 - Problem gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die betreffenden Maßnahmen wurden bereits ausführlich in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr.6111/J der Abgeordneten Dr. Povysil und Kollegen beschrieben. Ich ersuche daher um Verständnis, daß ich von einer neuerlichen Auflistung absehe und auf die Beantwortung dieser Anfrage verweise, die ich beilege.

Zu Frage 2:

Die EDV - Komponenten (Hardware, Software und Anwendungen samt Daten) werden laufend in Zusammenarbeit mit den Herstellerfirmen auf Jahr - 2000 - Fähigkeit getestet. Dies erfolgt entweder anwendungs - oder hardwareorientiert. Ein Gesamttest mit externen Kommunikationspartnern ist in Vorbereitung und wird im Sommer stattfinden. Das Ergebnis der Tests im Bereich des Bundes - kanzleramtes ist zufriedenstellend, der Großteil der IT - Komponenten ist aufgrund einer entsprechenden Beschaffungspolitik Jahr - 2000 - fähig. Die Fort - schritte werden monatlich überprüft.

Zu Frage 3:

Da die Jahr - 2000 - Fähigkeit bereits seit 1996 bei Planungen und Neuimplemen - tierungen von IT - Komponenten berücksichtigt wurde und im Zuge von laufen - den Reinvestitionen hergestellt wird, kann ein konkreter Aufwand nicht ange - geben werden. Im Bundeskanzleramt ist hierfür kein eigenes Budget erforder - lich. Bei der Anwendungsentwicklung wurde die Jahr - 2000 - Fähigkeit im Rah - men von Funktionserweiterungen bzw. Redesigns durchgeführt.

Zu Frage 4:

Bei den Testläufen traten im wesentlichen jene Probleme auf, die bei EDV - Umstellungen auftreten. Es konnten keine spezifischen Probleme beobachtet werden.

Zu Frage 5:

Es sind Antworten von allen Bundesministerien eingelangt. Diesen ist zu ent - nehmen, daß in allen Ministerien an dem Jahr - 2000 - Computerproblem

gearbeitet wird und man damit rechnet, daß alle wesentlichen EDV - Anwendungen und Infrastrukturen rechtzeitig Jahr - 2000 - fähig sein werden.

Da es mir aber ein wesentliches Anliegen ist, der Öffentlichkeit entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen, habe ich am 27. April 1999 einen Ministerratsvortrag eingebracht, der eine Informationsinitiative zum Ziel hat. Nach Beschlußfassung durch den Ministerrat wurde inzwischen am 4. Juni als erster Schritt ein Internet - Angebot über die Jahr - 2000 - Aktivitäten der Bundes - ministerien eröffnet, das am Republik - Server abrufbar ist ([www.austria.gv.at](http://www.austria.gv.at)). Weitere Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit sind in Vorbereitung.

Zu Frage 6:

Die in der Frage spezifizierten Bereiche fallen in die Wirkungsbereiche des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr und der Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Ich habe jedoch in zwei Ministerratsvorträgen (16. Februar 1999 und 27. April 1999) auf die Wichtigkeit der genannten Bereiche sowie darauf, daß einerseits die nötigen Arbeiten prioritär zu behandeln sind und andererseits Informationen öffentlich bereit gestellt werden müssen, hingewiesen.

Zu den Fragen 7 und 8:

In meinen Wirkungsbereich fallen keine Versorgungs - oder Infrastruktur - betriebe. Im Bereich der EDV des Bundeskanzleramtes erfolgt ein monat - licher Check laut Projektplan über den Fortschritt der Arbeiten.

Zu Frage 9:

Im Rahmen der Koordination des Staatlichen Krisenmanagements wird auch die Jahr - 2000 - Computer - Problematik behandelt. Im Oktober 1998 wurden die Krisenmanagement - Vertreter der Bundesministerien und der Ämter der Landesregierungen anlässlich der jährlichen Arbeitstagung des Staatlichen Krisenmanagements auf das Problem aufmerksam gemacht. Seither finden periodisch Sitzungen dieser Krisenmanagement - Vertreter statt, um Sektoren mit erhöhtem Restrisiko zu identifizieren. Eine spezifische Maßnahmenplanung wird dann erfolgen, wenn sich im Lauf des Jahres ein besonderes zusätzliches Risikopotential, das krisenhafte Entwicklungen nach sich ziehen könnte, für einen bestimmten Sektor konkret lokalisieren läßt. Für den kritischen Datums - wechsel ist eine erhöhte personelle Bereitschaft im Bereich des Krisenmanagements sowie die Überprüfung der vorhandenen Notfallpläne vorgesehen. Die entsprechenden Maßnahmen werden sich bis zum Jahresende erstrecken.

Zu Frage 10:

Im Rahmen der IT - Koordination (Koordination des Informationstechnik - Einsatzes der Ministerien) des Bundeskanzleramtes wurden bereits seit 1996 Aktivitäten gesetzt, um alle EDV - Bereiche der Ministerien über die nötigen Umstellungsarbeiten zu informieren und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Rechenzentren und EDV - Bereichen im Bund zu ermöglichen. Dies ist seither fortgesetzt worden. Das Bundeskanzleramt stellt auch sein Zentrales Ausweichrechenzentrum für die Testarbeiten der Ministerien zur Verfügung. Dies wird auch genutzt (z.B. vom Bundesministerium für Finanzen, vom Land Salzburg).

Die Verantwortlichkeit für die Problembehebung liegt jedoch - entsprechend dem dezentralen Ansatz der österreichischen Verwaltungsstruktur - bei den einzelnen Ministerien, den Ländern, Städten und Gemeinden.

Wie bereits erwähnt, soll die Öffentlichkeit in einer Informationsinitiative unter anderem über den Stand der Vorbereitungen in den einzelnen Ministerien und den Infrastrukturbereichen informiert werden, um somit ein klares Bild über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zu vermitteln.

Zu Frage 11:

Mit der erwähnten Informationskampagne soll in erster Linie die Bevölkerung angesprochen werden, es soll damit aber auch das allgemeine Problem - bewußtsein erhöht werden. Maßnahmen zur Information der KMU werden von der dafür zuständigen Wirtschaftskammer Österreich ergriffen.

Im übrigen verweise ich dazu auf die Ausführungen des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten zu Frage 11 der an ihn gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 6244/J.

Zu Frage 12:

Da das Jahr - 2000 - Computerproblem in allen Verwaltungsbereichen behandelt werden muß, hat Staatssekretär Dr. WITTMANN an die Landeshauptleute, den Städte - und den Gemeindebund entsprechende Briefe gerichtet, in denen dazu aufgerufen wird, im Bereich der Landesverwaltung, aber auch im (versorgungs - und sicherheitsrelevanten) Infrastrukturbereich und im Rahmen der verwaltungsrechtlichen Aufsichtsverhältnisse (Wirtschaftsaufsicht, Gemeindeaufsicht,

etc.) auf ein zeitgerechtes Erreichen der Jahr - 2000 - Fähigkeit der im Einsatz befindlichen Informationstechnik - Systeme hinzuwirken.

Aus den Antwortschreiben der Länder läßt sich entnehmen, daß man sich auch hier der Problematik bewußt ist und an der Problemlösung intensiv gearbeitet wird.

Die Länder, der Städte - und der Gemeindebund werden auch in die regelmäßig tagende interministerielle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bundes - kanzleramtes zur Erhebung der Informationen für die Informationsinitiative einbezogen.

Zu Frage 13:

Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur kann ausschließlich durch die einzelnen Betriebe selbst erfolgen. Von seiten der Regierung kann lediglich verlangt werden, daß die nötigen Umstellungsarbeiten durchgeführt und die Informationen über die Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne sind auch von meiner Seite und durch Staatssekretär Dr. WITT - MANN entsprechende Initiativen (Ministerratsvorträge, Briefe, Einbindung in die Informationsinitiative) gesetzt worden.

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Povysil, Mag. Stadler, Mag. Haupt, Dr. Pumberger, Dr. Kurzmann und Kollegen haben am 21. April 1999 unter der Nr.6111/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend das Jahr - 2000 - Problem oder "Y2K" in der Bundesverwaltung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die EDV - Komponenten (Hardware, Software und Anwendungen samt Daten) werden laufend in Zusammenarbeit mit den Herstellerfirmen auf ihre Jahr - 2000 - Fähigkeit getestet. Dies erfolgt entweder anwendungs - oder hardwareorientiert. Ein Gesamttest mit externen Kommunikationspartnern ist in Vorbereitung und wird im Sommer stattfinden. Das Ergebnis der Tests im Bereich des Bundes - kanzleramtes ist zufriedenstellend, der Großteil der IT - Komponenten ist aufgrund einer entsprechenden Beschaffungspolitik Jahr - 2000 - fähig.

Zu Frage 2:

Für die Infrastruktur wurde nach einer Checkliste vorgegangen, die neben der Erfassung der gesamten Infrastruktur auch auf die Risikohöhe für die Aufrechterhaltung des Amtsbetriebes abgestellt war, um besonders wichtige Einrichtungen vorrangig zu behandeln. Entsprechend dieser Aufstellung wurde mit den Verantwortlichen im Amt und mit den Herstellerfirmen die Möglichkeit für das Bestehen der Y2K - Problematik erhoben. Soweit ein mögliches Risiko erkannt wurde, wurden einerseits Austauschmaßnahmen gesetzt und andererseits Tests unter Einbindung der Herstellerfirmen für die Jahr 2000 - Tauglichkeit durchgeführt. Die Tests sind abgeschlossen; die Jahr 2000 - Tauglichkeit ist als gegeben zu betrachten. Diese Vorgangsweise wurde auch von den nachgeordneten Dienststellen eingehalten.

Zu Frage 3:

Es wurde keine eigene bundesweite Stelle für die Y2K - Problematik eingerichtet, wenn unter „bundesweit“ (im weiteren Sinn) sowohl die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden als auch der Wirtschaftsbereich zu verstehen sind.

Ressortübergreifende (bundesweite) Aktivitäten (im engeren Sinn) hinsichtlich Sensibilisierungs - u. Mobilisierungsmaßnahmen zur Y2K - Problematik und ein Informationsaustausch über den Status der Jahr - 2000 - Umstellung erfolgen für den Bereich der EDV in den Bundesdienststellen im Rahmen der durch Verordnung des Bundeskanzlers (BGBl. 1992/559) beim Bundeskanzleramt zur Vorbereitung und Vorberatung von Angelegenheiten der Informationstechnik (IT) und der ressortübergreifenden IT - Koordinationsaufgaben eingesetzten Koordinationskommission für Informationstechnik (KIT).

Zuständig und verantwortlich für die Lösung dieses Problems sind sowohl Anbieter wie Nutzer dieser Technik. Auf der Nutzerseite tragen im öffentlichen Sektor die Behörden, im privaten Unternehmens- und Infrastrukturbereich die Unternehmensführung bzw. die jeweiligen Entscheidungsträger die Verantwortung für die Jahr - 2000 - Tauglichkeit der in ihren Bereichen eingesetzten Computersysteme.

Im Bereich der Bundesverwaltung sind dies auf höchster Ebene die Bundesministerien, die entsprechend dem ministeriellen Ressortprinzip im jeweiligen Wirkungsbereich die zur Problemlösung erforderlichen Maßnahmen setzen.

Mit dem im Februar 1999 eingebrachten Ministerratsvortrag wurde auf mögliche Auswirkungen des Problems und auf die Dringlichkeit der Problemlösung sowie allenfalls erforderliche Notfallskonzepte hingewiesen. Weiters wurden die Regierungsmitglieder ersucht, im jeweiligen Verantwortungsbereich alle zweckmäßigen und zielführenden Maßnahmen für eine zeitgerechte Problembewältigung mit Nachdruck weiterzuführen und bei erkennbarem zusätzlichem Handlungsbedarf umgehend geeignete Schritte zu veranlassen, um einen sicheren und reibungslosen Jahreswechsel in das Jahr 2000 zu gewährleisten.

Am 27. April 1999 habe ich neuerlich einen Ministerratsvortrag zum Y2K - Problem eingebracht, der eine Informationsoffensive zum Gegenstand hat. Dabei soll die Bevölkerung über das Jahr - 2000 - Computerproblem sowie über die von der Regierung und der Verwaltung getroffenen Maßnahmen zur Entschärfung des vorhandenen Risikos laufend informiert werden.

Aber auch im Bereich der Länder hat Staatssekretär Dr. WITTMANN bereits im Herbst 1998 anlässlich der Landeshauptleute - Konferenz die Landeshauptleute

über diese Problematik informiert und ersucht, gemeinsam mit dem Bund an der Problembhebung zu arbeiten. Auch die Interessensvertretungen der Gemeinden und Städte (Gemeinde - und Städtebund) wurden von Staatssekretär Dr. WITTMANN hinsichtlich der Y2K - Problematik informiert und sensibilisiert.

Da jedoch Risiken - auch wenn sie noch so gering sind - nicht völlig auszuschließen sind, gehen die Bestrebungen in allen Sektoren dahin, gründliche und umfassende Notfallpläne zu deren Abmilderung aufzustellen. Das staatliche Krisenmanagement (KRIMA) im Bundeskanzleramt hat daher eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt.

Zu Frage 4:

Die Bundesregierung hat auf meinen Vorschlag im Ministerrat am 27. April 1999 beschlossen, eine Informationskampagne zum Jahr - 2000 - Computer - problem durchzuführen. Diese wird vom Bundeskanzleramt koordiniert. Dabei soll die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit geeigneter Vorbereitungen und Notfallmaßnahmen aufmerksam gemacht und vor allem jene Bereiche sensibilisiert werden, die noch nicht ausreichend auf das Problem vorbereitet sind. Die Aufgabe, Firmen für das Jahr - 2000 - Computerproblem zu sensibilisieren, wird von der Wirtschaftskammer Österreich wahrgenommen.

Zu Frage 5:

Für potentielle Störungen ist zunächst im jeweils verantwortlichen EDV - Bereich dadurch vorzusorgen, daß ausgefallene Systeme so rasch wie möglich wieder hergestellt werden können. Hinsichtlich diesbezüglicher Planungen verweise ich auf meine Ausführungen zu den Fragen 13 bis 15.

Sofern eine zeitgerechte Wiederherstellung ausgefallener Systeme nicht möglich ist und dadurch Störungen größeren Ausmaßes ausgelöst werden können werden hierfür wie auch sonst in außerordentlichen Situationen - die vorhandenen regionalen Einrichtungen des Katastrophenschutzes auf Ebene der Bundesländer bzw im Bedarfsfall das Staatliche Krisenmanagement heranzuziehen sein. Die erforderliche Problemanalyse und Vorbereitungen für Notfälle erfolgen im Rahmen der vorhandenen Strukturen unter Wahrnehmung der jeweiligen Verantwortung und Zuständigkeit.

Aufgrund seiner Struktur kann das Staatliche Krisenmanagement grundsätzlich für die Koordination von Verwaltungsstellen in Krisensituationen aller Art herangezogen werden. Für den Zeitraum des kritischen Datumswechsels ist eine vor allem in personeller Hinsicht erhöhte Bereitschaft des Krisenmanagements geplant; eine spezifische Maßnahmenplanung wird dann erfolgen, wenn sich im Laufe des Jahres ein besonderes Krisenpotential konkret lokalisieren läßt.

Zu Frage 6: -

In der Betrachtung der Y2K - Problematik sind alle zentralen als auch dezentralen und dislozierten IT - Komponenten eingebunden worden und somit auch entsprechenden Tests unterzogen.

Zu Frage 7:

Büromaschinen und andere technische Geräte sind Bestandteil der Checkliste und somit in die Überlegungen zur Y2K - Problematik einbezogen worden. Die Überprüfungen in diesem Bereich haben aber keine Probleme aufgezeigt.

Zu Frage 8:

Sicherheitsanlagen wurden vorrangig überprüft. Videoüberwachungseinrichtungen und Zutrittskontrollsystem sind Jahr - 2000 - tauglich.

Zu Frage 9:

Die Telefonzentralen und Nebenanlagen wurden getestet, teilweise ausgetauscht und sind Jahr - 2000 - tauglich.

Zu den Fragen 10 und 11:

Es sind keine bekannt, daher wurden auch keine Alternativangebote eingeholt.

Zu Frage 12:

Bei Verträgen, für die die Jahr - 2000 - Problematik relevant ist, wurden - soweit dies möglich war - entsprechende Vereinbarungen getroffen. Bei der Vergabe im Bereich der IT - Komponenten wurde seit 2 Jahren die Jahr - 2000 - Fähigkeit als Kriterium herangezogen und entsprechend vertraglich verankert.

Zu den Fragen 13 bis 15 und 17:

Da im Bereich des Bundeskanzleramtes ein umfassender Y2K - Test im Sommer stattfindet, werden Notfallpläne nach Vorliegen der Testergebnisse und der dadurch abschätzbaren Risiken ausgearbeitet.

Zu Frage 16:

In die Vorbereitungs - und Planungsarbeiten wurden alle denkbaren und bekannten Risiken einbezogen und finden somit in der Abwicklung entsprechend Berücksichtigung.

Zu Frage 18:

Es bestehen keine Kundenverträge, die in bezug auf die Jahr - 2000 - Problematik von Relevanz wären.

Zu Frage 19:

Dazu verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 1.

Zu Frage 20:

Die Termine der Tests mit externen Partner werden entsprechend koordiniert, das Testziel und der Testumfang gemeinsam spezifiziert. Die Deadline für einen abschließenden Gesamtest ist August 1999.

Zu Frage 21:

Dazu verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 16.

Zu Frage 22:

Die Überprüfung der Checklisten erfolgt monatlich, der Fortschritt wird entsprechend dokumentiert.

Zu Frage 23:

Dies erfolgt monatlich im Rahmen der Überprüfung der Checklisten.

Zu Frage 24:

Für die Verfügbarkeit von eigenem technischen Personal wird vorgesorgt. Allenfalls anfallende Überstunden werden aus dem laufenden Budget abgedeckt.

Zu Frage 25:

Ich verweise auf meine Ausführungen zu Frage 1. Für den Bereich des Bundeskanzleramtes ist hier nur das Rechtsinformationssystem (RIS) zu nennen, das aber bereits ein Jahr - 2000 - fähiges Nachfolgesystem erhalten hat. Das alte Rechtsinformationssystem wird mit Ende 1999 eingestellt.

Zu Frage 26: -

Es wird davon ausgegangen, daß die Kommunikationspartner des Bundeskanzleramtes ihre Systeme - sofern dies für die Verbindung von Bedeutung ist Jahr - 2000 - fähig bereitstellen. Für die strategisch relevanten Partner, wie Mail - Provider, sind gemeinsame Tests im Sommer vorgesehen, um die Jahr - 2000 - Fähigkeit des Gesamtsystems unter Beweis zu stellen.

Zu Frage 27:

Dazu verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 1.

Zu Frage 28:

Im Bundeskanzleramt gibt es keine Programme ohne Quelbode.

Zu Frage 29:

Da die Jahr - 2000 - Fähigkeit bereits seit 1996 bei Planungen und Neuimplementierungen von IT - Komponenten berücksichtigt wurde und im Zuge von laufenden Reinvestitionen hergestellt wird, kann ein konkreter Aufwand nicht angegeben werden. Im Bundeskanzleramt ist hierfür kein eigenes Budget erforderlich. Bei der Anwendungsentwicklung wurde die Jahr - 2000 - Fähigkeit im Rahmen von Funktionserweiterungen bzw. Redesigns durchgeführt. Projekte, die unter dem ausschließlichen Titel Jahr - 2000 Fähigkeit umgestellt wurden, existieren im Ressortbereich nicht.

Zu Frage 30:

Das Schaltjahr wird bei allen Tests durch Überprüfung des Übergangs der Monate Februar/März mitberücksichtigt.

Zu Frage 31:

Im Rahmen des Tests werden auch die dezentralen Stellen des Bundeskanzleramtes eingebunden.

Zu Frage 32:

Wichtige internationale Organisationen, wie die Europäische Union oder die OECD, haben bereits seit einiger Zeit den Stand der Vorbereitungs -

arbeiten in ihren Mitgliedstaaten erhoben. Im Rahmen dieser Erhebungs- und Abstimmungsaktivitäten erfolgte eine entsprechende Zusammenarbeit sowohl mit der OECD als auch mit der Europäischen Kommission. Auf der Basis von Beschlüssen der Europäischen Ratstagungen in Cardiff (15. und 16. Juni 1998) sowie in Wien (11. und 12. Dezember 1998) werden von der EU - Kommission Informationen über den allgemeinen Stand der Vorbereitungen sowie insbesondere am Infrastruktursektor aber auch bei den Notfallplanungen gesammelt und ausgewertet. Dabei kommt die EU - Kommission in einem kurz vor Abschluß stehenden Bericht zu folgendem Schluß: „Die allgemeine Einschätzung ist, daß das Risiko einer wesentlichen Störung der EU - Infrastrukturen zum Jahrtausendwechsel begrenzt ist. Alle Probleme sind vermutlich auf lokaler Ebene zu suchen und treten in kleineren Organisationen auf“. Diesbezügliche Sitzungen finden laufend statt; Österreich beteiligt sich aktiv an diesen Arbeiten.

Zu Frage 33:

Die Bundesregierung widmet in Einklang mit einem Beschluß des Rates der Europäischen Union vom 22. April 1999 dem Jahr - 2000 - Problem bei elektrischen Systemen die notwendige Aufmerksamkeit; dies insbesondere auch im Interesse und zum Schutz der österreichischen Bevölkerung wegen allfälliger überregionaler Auswirkungen im Hinblick auf den Energiebereich.

Hinsichtlich der Sicherstellung der nuklearen Sicherheit wird die Problematik der Datumsumstellung seit geraumer Zeit auf internationaler Ebene diskutiert. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) hat in ihrer vorjährigen 42. Generalkonferenz eine Resolution mit Maßnahmen zur Jahr - 2000 - Problematik verabschiedet. In der Folge wurden ein Fragebogen zum Y2K -

Status, ein Aktionsplan sowie Richtlinien für den aus Sicht der Organisation adäquaten Umgang mit der Problematik ausgearbeitet. Die IAEO moderiert auch ein globales Forum für den Austausch von Informationen. Soweit bisher Reaktionen von Mitgliedstaaten auf den IAEO - Fragebogen beziehungsweise Aktionspläne in Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit vorliegen, zeigen diese daß die betroffenen Staaten die Problematik für beherrschbar halten.

Da die nukleare Sicherheit völkerrechtlich nach wie vor in der alleinigen Verantwortung des jeweiligen Betreibers liegt und daher der IAEO kein Behördenstatus zukommt, muß sich diese Organisation auf Empfehlungen beschränken. Um auch Informationen aus erster Hand zu erhalten, hat sich Österreich im Wege der jeweiligen österreichischen Botschaften direkt an alle kernenergienutzenden Staaten in Europa mit der Bitte um Berichterstattung gewandt. Die bisher vorliegenden Informationen zeigen, daß alle betroffenen Staaten an der Problematik arbeiten, ohne die einschlägigen Aktivitäten bereits abgeschlossen zu haben. Die Betreiber der Anlagen sind sichtlich bemüht, die Sicherheit der Kernkraftwerke durch den „Millennium Bug“ als nicht gefährdet darzustellen. Da die einschlägigen Jahr - 2000 - Projekte noch nicht abgeschlossen sind bzw. in vielen Fällen nur allgemeine Informationen vorliegen, ist eine Abschätzung des tatsächlichen Risikos zur Zeit nicht möglich.

Zu Frage 34:

Der zum Bundeskanzleramt ressortierende Innovations - und Technologiefonds des Bundes (ITF) fördert schwerpunktweise Projekte mit Technologien für die Informationsgesellschaft, speziell auch Softwareentwicklung. Dieser Schwerpunkt wurde vor drei Jahren eingerichtet und läuft noch bis Ende 2000.

Beginnend mit 1996 wurden hier bisher über 100 Projekte mit einer durchschnittlichen Förderungssumme von knapp über 1 Million Schilling gefördert. Alle Projekte betreffen Neuentwicklungen nach zumindest dem Stand der Technik, so daß sich die Y2K - Frage dabei gar nicht stellt.

Was andere Förderungsbereiche betrifft, wurden keine speziellen Vereinbarungen im Hinblick auf die Jahr - 2000 - Problematik getroffen.